

Die Fusionsdebatte als Wahl-Hürde

Für die Bürgerlichen findet der Abstimmungskampf über die Initiative zur Unzeit statt

Von Thomas Dähler

Liestal. Für viele Bürgerliche ist es eine Debatte zur Unzeit: Am 28. September, vier Monate vor den Gesamterneuerungswahlen, wird voraussichtlich über die Fusionsinitiative abgestimmt. Diese Debatte hat es in sich. Anders als das links-grüne Lager sind sich die Bürgerlichen nicht einig. Dennoch: «Ob wir nun wollen oder nicht, die Fusionsinitiative wird im Vorfeld der Wahlen eine Rolle spielen», sagt Oskar Kämpfer, der Präsident der Baselbieter SVP, «da müssen wir realistisch sein.» Bei der SVP dürften die Sorgen allerdings am kleinsten sein. Gefordert sind in erster Linie die bürgerlichen Partner, die in der Fusionsfrage gespalten sind. Noch haben FDP und CVP keine Parolen gefasst.

Immerhin: Nach den gewonnenen Regierungsratsersatzwahlen war die Fusionsinitiative der erste Anlass, der die neue Regierung zu einem gemeinsamen Auftritt bewog. Auf Regierungsebene ist der bürgerliche Schulterschluss klar: Die drei Regierungsräte Thomas Weber (SVP), Sabine Pegoraro (FDP) und Anton Lauber (CVP) lehnen die Initiative ab. Anders als ihre links-grünen Kollegen in der Regierung wollen sie verhindern, dass ein jahrelanges, emotionales Ringen um die Kantonsfusion ihre Arbeit beeinträchtigt. Noch ist nicht klar, ob alle drei Bürgerlichen zur Wiederwahl antreten. Wenn sie es aber in knapp einem Jahr tun, können sie in der Fusionsfrage geeint auftreten.

Nicht so ihre Parteien. Die Idee, auf dem Initiativweg einen gemeinsamen Kanton Basel zu gründen, stammt zwar ursprünglich von den Grünen. Doch bereits bei der Lancierung der Initiative stellte sich heraus, dass sich zahlreiche Bürgerliche im Gegensatz zu den Parteikollegen in der Regierung hinter die Fusionsinitiative stellen. Mit dabei sind mehrere Wirtschaftsvertreter und bür-



Für Fusion. Marc Scherrer, designerter CVP-Präsident, ist im Initiativkomitee.

gerliche Politiker aus CVP, FDP und BDP. Trotz gemeinsamer Front auf Regierungsebene dürfte deshalb der Abstimmungskampf um die Fusionsinitiative den Bürgerlichen so kurz vor den Wahlen heftig in die Quere kommen.

Für den Kanton einstehen

SVP-Präsident Kämpfer, der in seiner eigenen Partei keinen einzigen Fusionsbefürworter kennt, meint: «Um für eine bürgerliche Mehrheit im Baselbiet einzustehen, muss man auch für den Kanton einstehen.» Das sei eigentlich nur logisch. Er könne zwar nachvollziehen, dass einzelne Parteimitglieder persönlich für die Fusion seien, doch er erwarte, dass sie zwischen der persönlichen Meinung und dem Bekenntnis der Parteien zum bürgerlichen Schulterschluss unterscheiden könnten. «Wir Bürgerlichen sind uns heute wesentlich näher als vor vier Jahren», sagt Kämpfer. Er hoffe deshalb, dass sich dies auch bei den Gesamterneuerungswahlen für die Regierung auszahle.



Lässt es offen. FDP-Präsidentin Christine Frey will Einfluss vermeiden.

Schwierig dürfte es für die Fusionsgegner in der CVP sein. CVP-Nationalrätin und «Starke Region»-Präsidentin Elisabeth Schneider-Schneiter kämpft an vorderster Front für die Kantonsfusion. Weitere fünf CVP-Vertreter gehören dem Initiativkomitee an: Eugen Tanner, Schneider-Schneiters Vorgänger bei der «Starken Region», alt Nationalrätin Kathrin Amacker, Landrat Peter H. Müller, der Birsfelder Gemeinderat Simon Oberbeck und Marc Scherrer, der als neuer Parteipräsident kandidiert.

Wählt die CVP Scherrer am kommenden 27. März tatsächlich zum Nachfolger von Sabrina Corvini-Mohn, erhält die Partei einen Präsidenten, der das gemeinsame Basel bereits als «geliebte Realität» empfindet. Die Haltung zur Fusion ist für den 27-jährigen Laufentaler auch eine Generationenfrage. Scherrer gibt sich aber vorsichtig: «Ich finde, wir müssen über die Fusion diskutieren.» Er sei keineswegs «fusionsblind» und erhebe die Fusionsfrage auch nicht zum Dogma. In der CVP trete



Gegen Fusion. Oskar Kämpfer weiss die SVP hinter sich. Fotos Dominik Pilüss

er für eine offene Diskussion ein. «Die Fusionsinitiative darf die Partei nicht spalten», ist Scherrer überzeugt. Sein Engagement für die Fusionsinitiative entspringe seiner persönlichen Meinung. Diese spiele bei seiner Kandidatur für das Präsidium keine Rolle. Auch nicht bei Gesprächen mit den anderen Parteien. Und: «Sollte ich Parteipräsident werden, halte ich mich daran.»

Jedem seine eigene Meinung

«Ich will nicht, dass die Basis durch eine Aussage von mir beeinflusst wird», sagt die freisinnige Parteipräsidentin Christine Frey. In der FDP solle zur Fusion jeder seine eigene Meinung vertreten. Frey glaubt nicht, dass dies bei den Wahlen für die bürgerliche Zusammenarbeit eine Rolle spielt. Im Landrat haben sich mehrere Freisinnige kritisch zur Initiative geäußert. Mit Paul Hofer und Klaus Endress ist die FDP allerdings auch im Initiativkomitee vertreten. Eine Parole wird die FDP erst spät beschliessen: am Parteitag vom 20. August.

Regierung will noch Diskussion

Die Baselbieter Spital-Affäre ist längst nicht beigelegt

Von Daniel Ballmer

Liestal. «Innerhalb der Regierung besteht durchaus noch Diskussionsbedarf», ist aus der Baselbieter Exekutive zu hören. Eine erste Aussprache rund um die Spital-Affäre war für Dienstag geplant. An der Regierungssitzung habe Gesundheitsdirektor Thomas Weber (SVP) seine Kollegen aber nur kurz über die Entscheidung und Ereignisse rund ums Kantonsspital Baselland KSBL auf den neusten Stand gebracht. Zu mehr sei es aus terminlichen Gründen nicht gekommen. Doch eine Aussprache scheint not zu tun. Wie aus dem Landrat zu hören ist, seien mehr als ein Regierungsmitglied mit Webers Vorgehen nicht einverstanden.

Weber hatte zusammen mit Verwaltungsratspräsident Dieter Völlmin vergangene Woche innert kürzester Frist Heinz Schneider, den bisherigen Leiter des KSBL, entlassen und per sofort freigestellt. Der Entscheid sei im Verwaltungsrat ohne Gegenstimme gefallen. Schon seit Monaten kämpft das Spital mit Personalproblemen. Mehrere Chefarzte hatten gekündigt, bis sich der Verwaltungsrat gezwungen sah zu handeln und Schneider abzusetzen. Gleichzeitig kündigte Völlmin seinen Rücktritt an.

Über das Vorgehen seien nicht alle Regierungsmitglieder glücklich. Immerhin ist es die Gesamtregierung, die den Kanton als Eigner vertritt und den Verwaltungsrat bestellt. Mit dem Köpferrollen von letzter Woche wurde sie aber von Weber vor vollendete Tatsachen gestellt – genauso wie der Landrat, der mit mehreren dringlichen Vorstössen Diskussionsbedarf angemeldet hatte.

Gestern hat sich die Regierung vom KSBL-Verwaltungsrat über Sofortmassnahmen und die in Aussicht gestellten Schritte orientieren lassen. Gleichzeitig habe sie die nötigen Schritte in die Wege geleitet, damit die strategische Leitung des Spitals nach dem Ausscheiden des Verwaltungsratspräsidenten am 1. März «nahtlos sichergestellt» sei. dab



Über Honoraraffäre empört. Kandidat Thomas Kreienbühl will sich mit einer Initiative ins Gespräch bringen. Foto Nicole Pont

Regierungsräten droht Lohnkürzung

Thomas Kreienbühl fordert per Initiative einen Maximallohn von 160000 Franken

Von Alexander Müller

Thürnen/Liestal. Thomas Kreienbühl ist drauf und dran, die Politik des Landkantons aufzumischen. Erst einen Monat ist es her, seit der 41-jährige Pilot aus Thürnen seine Kandidatur für die kommenden Regierungswahlen bekannt gab – via Youtube direkt aus dem Cockpit seiner Linienmaschine. Nun plant der 41-Jährige bereits den nächsten Paukenschlag: Er will eine Volksinitiative lancieren, um die Löhne der Baselbieter Regierungsräte auf 160000 Franken pro Jahr zu begrenzen – die Hälfte von dem, was Baselbieter Regierungsräte heute erhalten.

Das Einstiegsgehalt eines neu gewählten Regierungsmitglieds soll künftig sogar «nur» 120000 Franken betragen und jährlich ansteigen, wenn die Leistung stimmt, fordern die Initianten. Diese Beurteilung soll der Landrat übernehmen. Kreienbühl hält die halbierte Entlohnung für ausreichend: «Das ist immer noch mehr, als die meisten Menschen in diesem Land verdienen.» Der

parteilose Pilot versprach im Januar, dass er das Amt für eben diese 120000 Franken antreten würde, sollte er tatsächlich gewählt werden.

Wahlkampfthema gesetzt

Die Initiative will jedoch nicht nur den Lohn der Regierungsräte beschränken, sondern auch deren Ruhegehälter. Nach 12-jähriger Amtszeit erhält ein alt Regierungsrat derzeit rund 170000 Franken pro Jahr. Wer bereits nach vier Jahren abgewählt wurde, wird mit jährlich über 120000 Franken getröstet. Die Initiative will das Ruhegehalt auf maximal 70000 Franken begrenzen. «Das ist immer noch mehr als genug Geld fürs Nichtstun», sagt Kreienbühl. Das reduzierte Ruhegehalt soll die abgetretenen Regierungsrätinnen und Regierungsräte ermuntern, eine neue Stelle zu suchen und damit die angeschlagene Staatskasse entlasten.

Kreienbühl macht mit der Initiative die Baselbieter Honorar-Affäre endgültig zu seinem Wahlkampfthema. Dass mehrere Baselbieter Regierungsräte

Nebeneinkünfte in die eigene Tasche gesteckt hatten, anstatt diese der Staatskasse abzuliefern, motivierte ihn zur Kandidatur. Der Pilot ärgert sich über die Selbstbedienungsmentalität in der Politik und setzt nun alles daran, dieser einen Riegel vorzuschieben.

Facebook soll helfen

Kreienbühl ist sich sicher, dass es kein Problem sein wird, die 1500 benötigten Unterschriften für die populäre Initiative zu sammeln. Er setzt auf die allgemeine Empörung über die Baselbieter Honorar-Affäre und die unterstützende Verbreitung des Anliegens via Facebook.

Bevor es mit der Unterschriften-sammlung losgehen kann, muss sich das Initiativkomitee, das aus lauter Parteilosen besteht, noch endgültig formieren. Ausserdem fehlt man beim Initiativtext am letzten Schliff. Kreienbühl hofft auf einige konstruktive Rückmeldungen, bevor die Initiative dann in den nächsten Wochen der Landeskantlei zur Vorprüfung übergeben wird.

Nachrichten

Unbekanntes Fahrzeug kollidiert mit Auto

Reinach. Am Dienstag kurz nach 15.40 Uhr kam es am Langrütliweg zu einem Verkehrsunfall. Ein bislang unbekanntes Fahrzeug kollidierte mit einem korrekt parkierten Personewagen, der anschliessend in einen Gartenzaun geschoben wurde. Die Polizei sucht Zeugen des Unfalls.

Florian Schneider dehnt Rotstabled-Tour aus

Eptingen. Musical-Star Florian Schneider will seinen Anti-Fusions-Song, das «Rotstabled», auch jenseits der Hüftenschanz zum Besten geben. Wie die «Volksstimme» schreibt, wird der Barde auch in Beizen im Unterbaselbiet und im Laufental gegen die Kantonsfusion ansingen. Die zusätzlichen Kurzauftritte sind im Mai und im Juni geplant. Die Tour im oberen Kantonsteil endet am 24. April.

Auftrag an Firma für Verkehrskontrollen

Waldenburg. Ab April wird die Firma 24Security regelmässig in Waldenburg Kontrollen des ruhenden Verkehrs durchführen, teilt der Gemeindeker mit. Die gleiche Firma ist schon seit einiger Zeit in den Gemeinden Oberdorf und Hölstein tätig. Neben dem ruhenden Verkehr wird die Firma auch öffentliche Anlagen kontrollieren.

Glückwunsch

Diamantene Hochzeit

Birsfelden. Gerne möchten wir unseren Abonnenten Sibylle und Alphons Ulrich-Reschreiter zu ihrem 60. Hochzeitstag gratulieren und ihnen alles Gute für die Zukunft wünschen. gratulationen@baz.ch

Zweiter Versuch ist rechtsgültig

Grünes Licht für die Initiative der Steuerzahler-Liga

Von Thomas Gubler

Liestal. Erfolg im zweiten Durchgang. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die formulierte Verfassungsinitiative der Liga der Baselbieter Steuerzahler «für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» für rechtsgültig zu erklären. Dies geht aus einer Mitteilung der Regierung vom Mittwoch hervor.

Die erste Initiative der Liga der Baselbieter Steuerzahler, eine Gesetzesinitiative, wurde im Mai 2013 vom Landrat für teilungültig erklärt. Die Initianten wollten damals zur Unterstützung eines ausgeglichenen Haushalts auch das Lohngefüge antasten. So war vorgesehen, dass die jährlichen Aufwendungen für Löhne auf der Basis der Rechnung 2011 nur um die Teuerung ansteigen dürfen. Ebenso hätte ein Anstieg in den Anlauf- oder Erfahrungsstufen nur bei nachgewiesener ausserordentlich guter Leistung erfolgen dürfen. Ein von der Regierung im Auftrag gegebenes Gutachten kam aber zum Schluss, dass dadurch eine freie Lohngestaltung durch den Landrat verunmöglicht werde. Und weil die Verfassung die Regelung der Besoldung abschliessend dem Landrat zuweist, erachtete der Gutachter das Mittel der Gesetzesinitiative als das falsche.

Gleiche Stossrichtung

Am 31. Oktober 2013 reichte die Liga dann mit 2327 Unterschriften ein neues Volksbegehren ein, diesmal zur Revision der Verfassung. Die Stossrichtung ist dabei ähnlich wie bei der ersten Initiative. Die Gesamtlohnsumme für das Staatspersonal soll sich an der finanziellen Situation des Kantons orientieren. Dabei darf die Lohnsumme «in der Regel» nur maximal um die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise ansteigen. Damit der Kanton aber beim Personal wettbewerbsfähig bleibt, sind Ausnahmen vorgesehen.